

Fraktionsantrag der CDU	Vorlage-Nr: VO/20/219
	Status: öffentlich
	Datum: 08.09.2020
Federführend: Amt für Bauen, Planung und Umwelt FD Stadtplanung und Umwelt	Bericht im Ausschuss: Torben Jochens Bericht im Rat: Bearbeiter: Oliver Kath
Radschutzstreifen L 107	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
21.09.2020	Umweltausschuss

Sachbericht / Stellungnahme der Verwaltung

Antrag wird nachgereicht

Prüfungen:

1. Umweltverträglichkeit

entfällt

2. Kinder- und Jugendbeteiligung

entfällt

Finanzielle Auswirkungen / Darstellung der Folgekosten

Der Beschluss hat finanzielle Auswirkungen: ja nein

Die Maßnahme/Aufgabe ist:

<input type="checkbox"/>	vollständig eigenfinanziert
<input type="checkbox"/>	teilweise gegenfinanziert
<input type="checkbox"/>	vollständig gegenfinanziert

Auswirkungen auf den Stellenplan:

<input type="checkbox"/>	Stellenmehrbedarf	<input type="checkbox"/>	Stellenminderbedarf
<input type="checkbox"/>	höhere Dotierung	<input type="checkbox"/>	Niedrigere Dotierung
<input type="checkbox"/>	Keine Auswirkungen		

Es wurde eine Wirtschaftlichkeitsprüfung durchgeführt: ja nein

Es liegt eine Ausweitung oder eine Neuaufnahme einer
Freiwilligen Leistung vor: ja nein

Produkt/e:						
Erträge/Aufwendungen	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
<i>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</i>						
<i>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</i>						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Investition/Investitionsförderung						
	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
Einzahlungen						
Auszahlungen						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Erträge (z.B. Auflösung von Sonderposten)						
Abschreibungsaufwand						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						
Verpflichtungsermächtigungen						
davon noch zu veranschlagen:						
Folgeeinsparungen/-kosten						
	2019	2020	2021	2022	2023	2024 ff.
	in EUR					
<i>(indirekte Auswirkungen, ggf. sorgfältig zu schätzen)</i>						
<i>* Anzugeben bei Erträgen, ob Zuschüsse/Zuweisungen; Transfererträge; Kostenerstattungen/Leistungsentgelte oder sonstige Erträge</i>						
<i>* Anzugeben bei Aufwendungen, ob Personalaufwand; Sozialtransferaufwand; Sachaufwand; Zuschüsse/Zuweisungen oder sonstige Aufwendungen</i>						
Erträge*:						
Aufwendungen*:						
Saldo (E-A)						
davon noch zu veranschlagen:						

Beschluss(empfehlung)

Anlage/n:

Anlage wird nachgereicht



CDU

Stadtverband Tornesch – Fraktion –

CDU Tornesch • Moorreger Weg 38 • 25436 Tornesch

Stadt Tornesch

Umweltausschuss

Tornesch, 10. September 2020

Radschutzstreifen L 107

Sehr geehrter Frau Sydow-Graen,

wie der Presse zu entnehmen gewesen ist, hat der Kreis Pinneberg in Absprache mit anderen Trägern der Straßenbaulast die Aufhebung der Benutzungspflicht des Radwegs an der Esinger Straße beschlossen und angeordnet sowie die Einrichtung eines Radschutzstreifen zu beiden Seiten der Fahrbahn in die Wege geleitet.

Dazu ein kurzer Exkurs zur Historie:

Am 18. November 2019 hat die SPD Tornesch einen Antrag auf die Einrichtung eines Radschutzstreifens entlang der Esinger Straße gestellt. Hier sollten die Kosten für die Einrichtung und eine mögliche Übernahme dieser durch den LBV geprüft werden. Das Ergebnis sollte dem Umweltausschuss zur weiteren Entscheidung vorgelegt werden.

Am 3. Februar 2020 wurde dann im Umweltausschuss erläutert, dass die Kernaussage des Kreises laute, dass ein Schutzstreifen möglich sei. Die anschließende Diskussion und unterschiedlichen Meinungen um einen Radschutzstreifen entlang der Esinger Straße im Ausschuss, führten jedoch dazu, dass dieser TOP auf eine spätere Sitzung vertagt wurde.

Im folgenden Umweltausschuss am 10. Juni 2020 wurde das Thema nicht weiter beraten.

Aus einer vorherigen Anfrage der SPD Tornesch vom 27. Februar 2019 gab es in den Sitzungen am 6. Mai 2019 und am 26. August 2019 Antworten zur Fahrradinfrastruktur in Tornesch. Darin heißt es von Seiten des LBV unter anderem, dass bei der Einrichtung von Radschutzstreifen entlang der Esinger Straße das erhöhte Verkehrsaufkommen auf der L 107 durch die Westumgehung berücksichtigt werden muss. Weiterhin ist der Verlauf von Abbiegespuren zu hinterfragen und auch der Ausbau der K22 zu berücksichtigen. Auf die geplante Aufhebung der Verpflichtung zur Nutzung des Radweges und der Einrichtung eines Radschutzstreifens wurde nicht hingewiesen.

Vorsitzender des Vorstandes: Daniel Kölbl, Ahrenloher Straße 254, 25436 Tornesch | Tel.: 0176/45 86 24 61

Vorsitzender der Fraktion: Christopher Radon, Moorreger Weg 38, 25436 Tornesch | Tel.: 0151/72 82 99 44

Konto: VR Bank Pinneberg • IBAN: DE41 2219 1405 0045 0044 00 • BIC: GENODEF1PIN

facebook.com/cdutornesch • instagram.com/cdu_tornesch • twitter.com/cdutornesch

cdu-tornesch.de • post@cdu-tornesch.de

Die CDU Tornesch zeigt sich daher sehr überrascht, welche Entwicklung sich seit der ersten Antragsstellung ergeben hat. Denn weder der zuständige Umweltausschuss noch ein anderes Gremium der Selbstverwaltung haben hierrüber abschließend beraten.

Die CDU Tornesch äußert an dieser Stelle erhebliche Bedenken bei der Einrichtung der Radschutzstreifen entlang der Esinger Straße. Die Esinger Straße hat in ganzer Länge eine Reihe von Gewerbebetrieben angesiedelt, die allesamt unter einem Radschutzstreifen zu leiden hätten. An- und Ablieferverkehre dürften nicht mehr auf der Straße halten, Kunden dürften nicht kurz das Fahrzeug verlassen, um einzukaufen und auch längere Besuche von Gastronomie und Betrieben wären nicht mehr möglich.

Weiterhin äußert die CDU Tornesch ihre Irritation über die neue Beschilderung. Aktuell ist die Verkehrsfläche ausgewiesen als ein gemeinsamer Rad- und Fußweg. Zukünftig wird es ein Fußweg sein, auf dem das Radfahren erlaubt sein wird. Lediglich die Verpflichtung zur Nutzung ist aufgehoben. Von dieser Situation ausgehend muss es aus unserer Sicht nicht zwingend einen Radschutzstreifen – mit den zuvor genannten Einschränkungen für Gewerbebetriebe - geben.

Weiterhin äußert die CDU Tornesch ihre Bedenken dahingehend, dass bei der Aufhebung der Radwegenutzungspflicht zwischen Ortsausgang und des Bahnübergangs Prisdorf dazu führen wird, dass diese Lösung von Dauer sein wird und die dringend benötigte Sanierung des Radwegs entlang der L 107 nicht mehr erfolgen wird. Weiterhin sieht die CDU Tornesch eine Gefährdung der Radfahrer aber auch des Gegenverkehrs, wenn es zu Überholungen in der langen Kurve gibt. Vor den geschlossenen Bahnschranken entsteht häufig ein Rückstau der wartenden Kfz. Wenn hier nun Radfahrer dazwischenstehen und langsamer anfahren, kann es im Bereich des Bahnübergangs zu kritischen Situationen kommen.

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird gebeten mit dem Kreis in Kontakt zu treten und die erheblichen Bedenken zu den Belastungen der Gewerbebetriebe bei der Einrichtung eines Radschutzstreifens entlang der Esinger Straße vorzutragen.

Weiterhin wird die Verwaltung gebeten, dahingehend auf den Kreis einzuwirken, dass die Umwidmung des kombinierten Rad- und Fußwegs in einen Fußweg mit der freien Benutzung für Radfahrer ausreichend sein wird und eine Einrichtung eines zusätzlichen Radschutzstreifens überflüssig macht. Die Rücksichtnahme des Radverkehrs auf die Fußgänger ist durch die Anordnung der Schilder entsprechend geregelt.

Sollte der Kreis widererwartend nicht auf die Bedenken und Äußerungen der Verwaltung eingehen, ist zusammen von Kreis, Stadt und Gewerbebetrieben eine Lösung zu finden, die die Einschränkungen der Betriebe auf ein Mindestmaß reduziert.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Torben Jochens